



Medienmitteilung

Bern, 15. Mai 2009

Städte in die Teilrevision des Raumplanungsgesetzes einbeziehen!

Nach der kontrovers ausgefallenen Vernehmlassung zur Totalrevision des Raumplanungsgesetzes haben sich Bund und Kantone am Freitag darauf verständigt, das dreissigjährige Raumplanungsgesetz (RPG) nur einer Teilrevision zu unterziehen. Für die Städte, für die die Raumordnungspolitik ein Schlüsselbereich ist, ist es unerlässlich, in diese Arbeiten einbezogen zu werden.

Die Totalrevision des Raumplanungs-, bzw. Raumentwicklungsgesetzes, die der Bundesrat Ende 2008 in die Vernehmlassung schickte, enthielt verschiedene gerade aus Sicht der Städte entscheidende Neuerungen: Das Konzept der funktionalen Räume, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit, die Koordination von Siedlung und Verkehr, die Anerkennung der Städte, Agglomerationen und Metropolitanräume, die Unterstützung innovativer Planungsvorhaben etc. – sind für die urbanen Räume von zentraler Bedeutung. Zugleich enthielt der Gesetzesentwurf verschiedene Elemente, die in der Vernehmlassung auf heftige Kritik stiessen – der Vorlage drohte der Absturz.

Der Städteverband begrüsst deshalb die Absicht von Bundesrat Leuenberger, sofort eine Teilrevision in Angriff zu nehmen. Verschiedene, in der Vernehmlassung unbestrittene Elemente – insbesondere die gesetzliche Verankerung der Agglomerationspolitik und der Aggloprogramme und die Unterstützung innovativer Vorhaben – können nicht aufgeschoben werden.

Der Bund und die Kantone haben sich weiter darauf verständigt, für das weitere Vorgehen eine gemeinsame Arbeitsgruppe einzusetzen. Weil einige der grössten Herausforderungen der aktuellen wie auch der zukünftigen Raumplanungspolitik in den urbanen Gebieten liegen, ist ein Einbezug der Städte in diese Arbeiten zwingend. Wir haben dies schon in unserer Vernehmlassung verlangt. Der Städteverband fordert Bund und Kantone auf, die Teilrevision des Raumplanungsgesetzes in enger Zusammenarbeit mit den Städten vorzubereiten. Raumplanung darf nicht mehr ohne Stadtplanung stattfinden!

Hintergrundinformationen zum Schweizerischen Städteverband

Der Städteverband zählt 125 Mitglieder und vertritt die Interessen und Anliegen der Städte und städtischen Gemeinden in der Schweiz. Damit vertritt der Verband die urbane Schweiz, in der rund drei Viertel der Schweizer Bevölkerung leben und 84 % der Wirtschaftsleistung unseres Landes erbracht werden.

Weitere Informationen:

Renate Amstutz, Direktorin Schweiz. Städteverband
079 373 52 18